



NE-Metalle
sind
modernes
Leben

Energieintensive Grundstoffproduktion
sichert 875.000 Arbeitsplätze in
Deutschland und braucht sicheren, sauberen
und bezahlbaren Grundlaststrom.

Von Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie – IG BCE, und Mitglied der Ethikkommission der Bundesregierung für sichere Energieversorgung

FÜR EIN NACHHALTIGES ENERGIEKONZEPT

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland ist bemerkenswert gut. Unser Land hat die Krise schneller hinter sich gelassen als andere und befindet sich heute in einem stabilen Aufschwung. Motor des Wachstums ist die exportstarke Industrie. Unsere Stärken sind in wenigen Begriffen benannt: Automobilindustrie, Maschinen- und Anlagenbau, Energiewirtschaft, chemische Industrie und Grundstoffe. Das sind die Branchen, auf denen ganz wesentlich unsere Wettbewerbsfähigkeit und unser Wohlstand beruhen. Und alle sind in eng verzahnten Wertschöpfungsketten mit der NE-Metallindustrie verbunden.

Mit kluger Politik und verantwortungsvollem Handeln der Sozialpartner konnte die Krise bewältigt werden. Das zahlt sich nunmehr aus – in Wachstum, in zusätzlicher Beschäftigung, in höheren Löhnen und nicht zuletzt in steigenden Steuereinnahmen.

Wir wären gut beraten, in Zukunft auf diesen Erfolgen aufzubauen. Das bisherige Energiekonzept der Bundesregierung aber lässt Klugheit und Verantwortung vermissen.

- Es setzt die Energieversorgung unseres Landes der Willkür weltweiter Energiemärkte aus.
- Es macht Energiepreise zunehmend unberechenbar.
- Es birgt die Gefahr, dass umwelt- und ressourcenschonende Investitionsentscheidungen nicht getätigt werden.

Wer glaubt, dass energieintensive Industrien für die Zukunft des Standortes Deutschland nicht mehr wichtig seien, handelt fahrlässig. Politik braucht einen klaren Blick auf die Realitäten und Notwendigkeiten. Wir müssen das Zeitfenster des Aufschwungs nutzen, um jetzt die Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Nach Fukushima und der aktuellen politischen Debatte zur Kernenergie in Deutschland ist eine Überarbeitung

des bisherigen Energiekonzeptes angezeigt. Und deshalb brauchen wir Antworten auf Fragen, die bislang von der Bundesregierung weitgehend ignoriert worden sind:

- Woher bekommen die energieintensiven Industrien in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die Energie, die sie für ihre Produktionsprozesse brauchen?
- Wie kann eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung für die energieintensive Industrie gewährleistet werden?
- Wie müssen die nationale und die globale Klimaschutzpolitik „austariert“ werden, um die Erderwärmung zu begrenzen?
- Welche Rolle spielen die einzelnen Energieträger?
- Wie kann die Abhängigkeit von Energieimporten verringert werden?
- Wie kann der Ausbau der Stromnetze forciert werden?

Ein Energiekonzept, das dem Industriestandort Deutschland gerecht werden will, muss sich diesen Fragen stellen. Wir wollen Fortschritt und Nachhaltigkeit. Das geht aber nur, indem ökonomische, ökologische und soziale Belange in Einklang gebracht werden. Das Energiekonzept der Bundesregierung wird dem nicht gerecht. Und ich fürchte, das wird sich rächen, wenn nicht bald daran weitergearbeitet wird.

Ein Beispiel: Die meisten Kohlekraftwerke werden bis 2030 aus technischen Gründen das Ende ihrer Lebensdauer überschritten haben. Sie sind nach heutigen Maßstäben ineffizient.

Wir gewinnen zwar immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien, und diese Anlagen sind auch vergleichsweise neu. Aber diesen Strom können wir noch nicht in ausreichendem Maß speichern, um die Grundlast für die energieintensiven Industrien si-





MICHAEL VASSILIADIS

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie spricht sich für Energieeinsparungen durch Effizienzsteigerung aus. „Solange Strom nicht in großen Mengen gespeichert werden kann, reichen erneuerbare Energien jedoch nicht aus, um die Grundlastversorgung der energieintensiven Industrien zu sichern.“

→

cherzustellen. Daher brauchen wir neue fossile Großkraftwerke. Es werden jedoch viel zu wenige gebaut. Und wenn heute keine neuen Grundlastkraftwerke gebaut werden, weil der CO₂-Emissionshandel sie unwirtschaftlich macht und die Akzeptanz in der Bevölkerung fehlt, dann haben auch Aluminiumhütten und Elektrolisen keine wirtschaftliche Zukunft in Deutschland.

Die Laufzeit aller Kernkraftwerke in Deutschland, Europa und möglichst weltweit muss von Sicherheitsstandards abhängig gemacht werden, die die Erfahrungen aus der Reaktorkatastrophe in Japan umfassend berücksichtigen. Diese Überprüfung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auf längere Sicht zu einem „Aus“ für die Kernenergie führen. Die Frage, wie der dann fehlende Stromanteil ersetzt werden soll, muss sachgerecht und realistisch beantwortet werden. Deutschland gehört schon heute zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen in Europa. Die Gründe dafür sind vielfältig. Als wesentliche Belastung ist mit der Einführung des Emissionshandels die Einpreisung der CO₂-Rechte hinzugetreten. Dies führt im Ergebnis zu Zusatzbelastungen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit beispielsweise von Aluminium-, Zink- und Kupferhütten sowie Elektrostahlwerken massiv beeinträchtigen und Arbeitsplätze in diesen Industrien bedrohen. Die Diskussionen um die größte deutsche Aluminiumhütte in Neuss sind dafür ein anhaltend aktuelles Beispiel. Mit der Erstellung der sogenannten Carbon-Leakage-Liste durch die EU-Kommission

ist zwar ein erster wichtiger Schritt gemacht, um für energieintensive Industrien wie Stahl, Aluminium, Kupfer und Zink auch im Emissionshandel ab 2013 weiterhin ein wettbewerbsfähiges Umfeld zu ermöglichen, wichtige Regelungen im Detail stehen aber noch aus. Die EU und die Bundesregierung sind nun aufgefordert, mit Nachdruck und zügig für diese notwendige Konkretisierung zu sorgen.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie ihre Zusagen aus dem Koalitionsvertrag umsetzt und sich gegenüber den Institutionen der Europäischen Union unter allen Umständen für die notwendigen Maßnahmen einsetzt.

Wir brauchen dringend Klarheit über eine Kompensation indirekter Effekte des Emissionshandels, die der deutschen Industrie einen wettbewerbsfähigen Strombezug ermöglicht. Dazu gehören eine Senkung der individuellen Netznutzungsentgelte ebenso wie weitergehende Möglichkeiten zur Vergütung der netzstabilisierenden Wirkung und auch direkte Unterstützung aus Mitteln des Bundes, gespeist aus den staatlichen Einnahmen für CO₂-Emissionszertifikate. Diese Maßnahmen sind kurzfristig notwendig, nicht erst ab 2013.

Auf diesen Wegen muss es möglich werden, dass wir gleichzeitig die Wettbewerbs- und die Zukunftsfähigkeit der NE-Metallindustrie in Deutschland erhalten und einen besseren Klima- und Umweltschutz erreichen.

→